

BR/GT I/56 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG EINES
EUROPAEISCHEN PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 10. September 1970

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS

UEBER EIN EUROPAEISCHES

PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 4, 159a, 172, 173 und 180

(vom Redaktionsausschuss überarbeitete Fassung)

Artikel 4 (früher Artikel 3)

Europäisches Patentamt

Durch dieses Uebereinkommen wird ein den Vertragsstaaten gemeinsames Patentamt errichtet, das die Bezeichnung "Europäisches Patentamt" trägt und das die Aufgabe hat, die europäischen Patente zu erteilen.

Artikel 159 a

Berichtigung von Verfahrensfehlern

Fehler des Europäischen Patentamts in vor ihm anhängigen Verfahren können nach Regeln berichtigt werden, die der Präsident des Amtes erlässt, sofern keine nachteiligen Wirkungen für den Anmelder, den Patentinhaber oder für Dritte entstehen.

Artikel 172

Notwendiger Vertreter

(1) Vorbehaltlich der Vorschriften der folgenden Absätze ist niemand verpflichtet, sich vor dem Europäischen Patentamt vertreten zu lassen.

(2) Die natürlichen und juristischen Personen, die weder Sitz noch Wohnsitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, müssen sich in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt vertreten lassen.

(3) Die in Absatz 2 genannten Personen können Handlungen mit Wirkung gegenüber dem Europäischen Patentamt nur durch den Vertreter vornehmen; in der Ausführungsordnung können Ausnahmen zugelassen werden. Anmeldungen, die nicht durch einen Vertreter eingereicht werden, sind jedoch wirksam, wenn die Bestellung des Vertreters dem Europäischen Patentamt innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach der Einreichung der Anmeldung mitgeteilt wird.

Artikel 173

Vollmacht

(1) Die Vertreter vor dem Europäischen Patentamt müssen eine schriftliche Vollmacht vorweisen.

(2) Ist die Vertretung mehreren Bevollmächtigten übertragen, so sind diese ungeachtet einer abweichenden Bestimmung der Vollmacht berechtigt, sowohl gemeinschaftlich als auch einzeln zu handeln.

(3) Sofern die Vollmacht keine abweichende Bestimmung enthält, erlischt sie gegenüber dem Europäischen Patentamt nicht mit dem Tod des Vollmachtgebers.

(4) Der Vertreter, dessen Vertretungsmacht erloschen ist, wird weiter als Vertreter angesehen, bis das Erlöschen der Vertretungsmacht dem Europäischen Patentamt angezeigt worden ist.

Anmerkung:

Dieser Artikel wird zusammen mit Sachverständigen der Justizministerien erneut geprüft werden.

KAPITEL V (neu)

GUTACHTEN DES EUROPÄISCHEN PATENTAMTS

Artikel 180

Gutachten des Europäischen Patentamts

Auf Ersuchen des mit einer Verletzungs- oder Nichtigkeitsklage befassten zuständigen nationalen Gerichts ist das Europäische Patentamt verpflichtet, gegen eine angemessene Gebühr alle technischen Gutachten über das europäische Patent zu erstatten, das Gegenstand des Rechtsstreits ist.
